Die Krise der Internationale

Autor(en): **Grimm, Robert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-333798

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

folgte, nicht mitmachen, da nach der Abwertung von 1936 entgegen unseren dringenden Mahnungen ein neuer Goldkurs festgelegt worden ist für den Schweizerfranken.)

Schlußfolgerungen.

Um unsere Freiheit zu schützen und unsere demokratischen Rechte zu verteidigen gegen die Gefahren von innen und außen, aber auch um eine gesunde soziale Entwicklung zu sichern, ist eine Zusammenarbeit von Arbeiterschaft und Bauerntum in der Schweiz unentbehrlich. Sie muß sich gründen auf eine ehrliche Verständigung, die die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der beiden Volksteile gerecht und im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt. Grundlage und Rahmen der Verständigung sind das Richtlinienprogramm, auf dem sich eine vom gleichen Geiste erfüllte Politik aufbauen muß.

Arbeiter und Bauern haben ihre besonderen Wirtschaftsverbände. Sie haben auch besondere politische Organisationen. Das scheint mir nicht zweckmäßig zu sein. Wenn beide auch Leute aus dem andern Lager für sich zu gewinnen suchen, so ergibt sich ein Konkurrenzverhältnis, und Reibereien sind kaum zu umgehen. Eine Arbeitsteilung in der Organisation und in der Gewinnung der Stimmberechtigten scheint mir zweckmäßiger zu sein. Die Hauptsache ist, daß die beiden Gruppen sich nicht bekämpfen, sondern von Fall zu Fall zusammenarbeiten. Daß jene bäuerlichen Organisationen, die in einem Bürgerblock Politik gegen die Arbeiterbewegung und für das Großkapital machen, hierfür nicht in Frage kommen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Die Krise der Internationale

Von Robert Grimm.

I.

Abseits von dem historischen Weltgeschehen entwickelt sich innerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Krise. Latent bestand sie schon seit Jahren, akut ist sie jetzt durch persönliche Akzente geworden. Ihr Ablauf wird dadurch verwirrt und erschwert.

Man kann sich fragen, ob es sich im gegenwärtigen Augenblick, da die Welt zwischen Krieg und Frieden zittert, lohne, von dieser Krise zu reden. Aber wir wissen, wie rasch heute die Verhältnisse ändern. Die Ereignisse überstürzen sich, eine Überraschung löst die andere in raschem Tempo ab. Mag dabei die gegenwärtige Weltspannung in einen Krieg ausmünden oder den sogenannten Frieden bewahren, eine Lösung der ungeheuren Probleme ist es weder im einen noch im andern Fall.

Das Trauerspiel, das jetzt die Welt bietet, ist mehr als nur ein Spiel der Diplomatie, etwas ganz anderes als eine bloße ideologische Auseinandersetzung zwischen den Demokratien und den Diktaturen. Im Grunde genommen handelt es sich um eine der gewaltigsten sozialen Umwälzungen, die die Menschheitsgeschichte kennt. Die Ursachen, auf

die der große Weltkrieg 1914/18 zurückzuführen war, sind bei Kriegsschluß verschärft, nicht aber beseitigt worden, und sie haben sich seither ins Riesenhafte gesteigert.

Man kommt dem Problem auch mit dem Schlagwort vom Imperialismus nicht bei. Richtig ist zwar: die einen verteidigen ihren heutigen Anteil an der Weltherrschaft, die andern verfolgen eine Großraumpolitik, die ihnen auf Kosten der andern einen größern Herrschaftsanteil verschaffen soll. Nach außen also ein erneutes Raufen um die Neuaufteilung der Weltreiche, wie 1914 bis 1918, nur mit veränderten Positionen und neuen Ideologien.

Wer aber könnte bei diesem äußern Bild die soziale Struktur und ihre Wandlungen übersehen? Die Folge des großen Krieges war nicht nur das Bestehenbleiben der Gegensätze, die ihn hervorgerufen hatten. Sie bestand in einer Verarmung der Völker, in einer durch die Entwicklung der Technik verschärften Dauerkrise der Weltwirtschaft, deren hervorstechendstes Merkmal die Massenarbeitslosigkeit ist.

Die Demokratien wurden diesem gesellschaftlichen Übel nicht Herr, weil es in der gewaltigen Entwicklung der Technik und in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen wurzelt. Internationale Konferenzen vermochten an dieser Situation so wenig etwas zu verändern, wie der Rückzug auf die nationale Linie der Wirtschaftspolitik. In den demokratischen Ländern sanken die Arbeitslosenziffern erst, als durch die Rüstungsindustrien und durch die militärischen Notwendigkeiten der Arbeitsmarkt entvölkert wurde.

In den faschistischen Ländern war der Weg des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit ein anderer. Als Folge des politischen Umsturzes beherrschte der Staat die Wirtschaft totalitär. Er verringerte die frühere Gesamtlohnsumme und verteilte sie gleichzeitig auf eine größere Menge von Lohnempfängern. Die Arbeitslosen kamen von der Straße hinweg in die Betriebe, aber ihr Lohneinkommen beträgt häufig weniger, als was in den demokratischen Ländern dem einzelnen als Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wird. Dieses System ermöglichte nicht nur die Verteilung der Gesamtlohnsumme auf eine größere Menge von Arbeitern, im gleichen Zuge konnten in Verbindung mit einer Vermehrung der direkten und indirekten Steuern und Abgaben für die Zwecke der totalitären Staatsführung ungeahnte Mittel freigesetzt werden, die in erster Linie der Aufrüstung und der Vergrößerung des militärischen Apparates dienten. In den faschistischen Staaten bedeutete die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit keineswegs die Lösung der Krise; nach innen und außen wurden die Spannungen erhöht, wenn sie auch einstweilen nach innen durch den politischen und militärischen Druck zugedeckt werden.

Beherrscht der totalitäre Staat die Wirtschaft, so steht ihm auch die Kommandogewalt über die Wirtschaft und über die einzelnen Unternehmungen zu. Zwar wird formell das Privateigentum, soweit es nicht unmittelbar für die militärischen Belange enteignet wird, nicht angetastet, aber die Verfügungsgewalt über das Privateigentum steht beim Staat. Er bestimmt das Produktionsvolumen, die Rohstoffzuteilung, das

Ausmaß und die Zusammensetzung der Belegschaften, die Abgaben und die Steuern. Die Unternehmer in den totalitären Staaten gleichen jenen schweizerischen Schuldenbauern, die sich krampfhaft an die Fiktion ihres Eigentums halten, obschon sie in Wirklichkeit den Händen und dem Willen ihrer Gläubiger ausgeliefert sind.

Auf der Basis der heutigen sozialen Beziehungen vermag bei diesem Tatsachenbestand weder der Krieg noch der Frieden eine Lösung zu bringen. Die politischen Spannungen sind der Ausdruck der sozialen Spannungen. Bleibt die Ursache, so kann auch ihre Wirkung nicht aufgehoben werden. Welches immer der Ausgang des befürchteten neuen Weltkrieges sein mag, er wird Ruinen, die alten Gegensätze und neue soziale Unruheherde hinterlassen. Wird der Krieg vermieden, wird der militärische Apparat abgebaut, dann ist bei der Aufrechterhaltung der heutigen sozialen Ordnung ein ungeheurer Rückstrom auf den Arbeitsmarkt zu erwarten. Dann wird die Massenarbeitslosigkeit noch viel größere Dimensionen annehmen als in den Zeiten der tiefsten Wirtschaftskrisen seit 1918. Und in beiden Fällen lastet ein ungeheurer finanzieller Druck auf den Staaten und Völkern, der die unvermeidliche Quelle neuer Konflikte und akuter Spannungen sein wird.

So bleibt es dabei: eine Lösung ist nur auf dem Gebiet einer Neuordnung der gesellschaftlichen und sozialen Beziehungen und nur im Rahmen einer freiwilligen oder durch die Tatsachen erzwungenen internationalen Zusammenarbeit und Verständigung möglich. Im einen wie im andern Fall wird es nicht ohne Preisgabe bisheriger Auffassungen, nicht ohne Erschütterungen und weitreichende Opfer abgehen.

In dieser Perspektive erhält die Krise innerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ihre besondere Bedeutung. Über die Tagesereignisse hinaus, wie immer sie auch verlaufen mögen, bleibt diese Bedeutung, und darum mag es schon am Platz sein, diese Frage gerade heute, obschon sie durch das augenblickliche Weltgeschehen überschattet wird, zu erörtern.

II.

Die Internationale hat ihre große und stolze Geschichte. In der Frühzeit war sie die große Erweckerin. Sie gab dem dumpfen, unbestimmten Sehnen der Arbeitermassen ein bestimmtes Ziel. Sie weckte das Klassenbewußtsein und gab dem Denken der Arbeiter eine internationale Orientierung.

Aber die Internationale erlag dem gleichen Schicksal wie die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. Je stärker die Arbeiterbewegung wurde, um so mehr und um so intensiver mußte sie sich mit den Gegenwartsproblemen auseinandersetzen. Die Basis ihrer Aktion und ihres Kampfes war nicht mehr das ferne liegende Zukunftsziel.

In der Internationale mußte sich diese Veränderung noch schärfer auswirken als in den einzelnen Landesparteien. Hier waren Gegensätze noch eher zu überbrücken, weil sie auf der gleichen geschichtlichen Voraussetzung beruhten. In der Internationale aber waren Länder zusammengefaßt, deren geschichtlicher Ablauf selbst gegensätzlich und ungleich war. Staatsformen, Bürgerrechte, Politik und Gesetzgebung

waren ebenso widerspruchsvoll wie die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen. Diese im internationalen Maßstab bestehenden Gegensätze beeinträchtigten die Aktionsfähigkeit der Internationale um so mehr, als die einzelnen Landesparteien vor lebenswichtige Gegenwartsprobleme gestellt wurden, die nach den gegebenen Bedingungen des eigenen Landes zu lösen waren.

Vor dem Weltkrieg 1914/18 spielte dieser Prozeß noch eine untergeordnete Rolle, obwohl sich seine Auswirkungen schon in den großen Auseinandersetzungen auf den Kongressen in Amsterdam (1904) und Stuttgart (1907) deutlich zeigten. Durch mehr theoretische Diskussionen, wie über das Problem der Regierungsbeteiligung im bürgerlichen Staat oder über kolonialpolitische Fragen, durch ihre Proklamationen und Friedensappelle vermochte die Internationale die Fiktion aufrechtzuerhalten, als ob sie eine wirkliche Macht wäre, die auch den Krieg zu verhindern imstande sei.

Diese Illusion verschwand mit dem Beginn des Weltkrieges 1914. Man hat in der Folge von einem »Versagen« gesprochen und die Schuld an diesem Versagen den Führern der internationalen Arbeiterbewegung zugeschoben. Sofern man von einer Schuld sprechen will, lag das Versagen mehr in der Verkennung der Wirklichkeit und ihrer praktischen Aktionsmöglichkeiten, in der Aufrechterhaltung der Fiktion von der Macht der Internationale. Der Zusammenbruch dieser Illusion mußte zu einer furchtbaren moralischen Erschütterung der Arbeiter führen, und wenn dabei die Ursachen des Nichtvermögens der Internationale am falschen Ort gesucht wurden, so war das durchaus verständlich.

Als in der Nachkriegszeit in Hamburg die Internationale wieder aufgerichtet wurde, glaubte man die Wiederkehr eines neuen Zusammenbruches in statutarischen Vorschriften verhindern zu können. Man wollte jetzt durch die Verbindlicherklärung internationaler Kongreßbeschlüsse die Landesparteien auf eine einheitliche Linie und zu einer einheitlichen Aktion bringen. Aber dieser Versuch mußte scheitern, und er ist – wie die neuere Geschichte der Internationale zeigt – tatsächlich gescheitert.

Er mußte scheitern, weil sich nach dem Weltkrieg die politische Struktur geändert hatte. In den einzelnen Ländern gab es in der Nachkriegszeit sozialistische Regierungen, in andern Ländern war auch ohne sozialistische Regierungen der politische und soziale Einfluß der Arbeiterbewegung groß. Damit war aber auch die Bindung an die Gegenwartsprobleme des einzelnen Landes stärker. Anderseits hatte der Weltkrieg international keineswegs die von vielen erwartete Nivellierung der Verhältnisse gebracht. Es blieb der auch auf die sozialistischen Parteien abfärbende Gegensatz zwischen den Siegern und Besiegten im Weltkrieg, es blieb der Gegensatz zwischen dem konstitutionellen Aufbau der Staaten, es blieb die Verschiedenheit der Krisenempfindlichkeit der einzelnen nationalen Wirtschaften und es blieb die Verschiedenheit der sozialen Struktur und der Bedeutung der Landesparteien.

Jetzt noch viel weniger als früher vermochte die Internationale diese Gegensätze und Verschiedenheiten auszugleichen. Zwar bestand in einer Reihe von internationalen Fragen eine übereinstimmende ideologische

Auffassung, aber von der Ideologie zur praktischen Verwirklichung türmten sich unüberwindliche Hindernisse auf, die nicht zuletzt auch in der ungleichen innern Machtstellung der Landesparteien begründet waren. Man denke an die Zeit der Reparationen, an den spanischen Bürgerkrieg usw., die durch gelegentliche positive Erfolge nicht ausgewischt wird.

Über diesem Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit, zwischen statutarischer Vorschrift und den Möglichkeiten der praktischen Politik, zwischen Theorie und Praxis ist es nun in der letzten Zeit innerhalb der Internationale zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Sie spielen sich zum Teil ab zwischen den größern Landesparteien, zum Teil zwischen den Parteien, deren Aktionsmöglichkeit in ihren Ländern weiter besteht, und den zur Emigration verurteilten Parteien. Das macht die Auseinandersetzungen nicht leichter. Wer mitten in der praktischen Politik steht und im Kampf mit dem Gegner Tag für Tag zu den praktischen Problemen Stellung nehmen muß, wie sie sich in dem betreffenden Lande ergeben, wird Erscheinungen und Tatbestände leicht anders beurteilen als jemand, der außerhalb dieses Rahmens von der höhern Warte der internationalen Betrachtung und ohne unmittelbar im Tageskampf zu stehen, die Dinge und das Weltgeschehen beurteilt.

Die Vertreter der Schweiz in der Internationale haben sich in den Diskussionen stets eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Mit Recht. Wie die Schweiz selbst in der internationalen Politik nur eine bescheidene Rolle spielen kann, so sind auch ihre sozialistischen Vertreter in der Internationale berufen, auf jegliche Überheblichkeit zu verzichten. Wenn es sich aber um Sein oder Nichtsein der Internationale handelt, dann allerdings steht auch den schweizerischen Delegierten ein Mitspracherecht zu, und ganz besonders dann, wenn man sie für die eine oder andere Konzeption innerhalb der Internationale einspannen will.

III.

Über die Notwendigkeit des Weiterbestehens der Internationale braucht man nicht zu diskutieren. Die Frage ist, wie und unter welchen Voraussetzungen sie weiter bestehen soll.

Die Internationale wird sich vorab von der Illusion zu befreien haben, als stelle sie eine Macht dar. Das dürfte ihr heute nicht schwerfallen. Sie wird dadurch der Arbeiterschaft selbst einen Dienst erweisen und ihr Enttäuschungen, wie sie in der Vergangenheit entstanden sind, ersparen. Von dieser Illusion befreit, wird sie auch darauf verzichten, den Regierenden und Herrschenden in den einzelnen Ländern weise Ratschläge zu erteilen, ihnen sagen, was sie tun müßten, um dieses und jenes Problem zu lösen. Um so eher wird sie sich an die Arbeitermassen selbst zu wenden haben, ohne von ihnen Dinge zu verlangen, die außerhalb der Verwirklichungsmöglichkeit stehen. Das bedeutet praktisch den Verzicht auf jene Formel – die übrigens nie strikt zur Anwendung gelangen konnte –, daß die einzelnen Landesparteien sich unter allen Umständen, im Frieden wie im Kriege den Beschlüssen der Internatio-

nale unterzuordnen hätten. Das ist übrigens mehr ein Scheinverzicht, denn auf etwas, das ohnehin nicht möglich ist, kann man vernünftigerweise nicht verzichten.

Neu zu ordnen werden die Beziehungen zwischen den legalen und den illegalen Parteien innerhalb der Internationale sein. Befreit man sich von der Fiktion der Macht, von der Illusion der direkten Einflußnahme auf gegnerische Regierungen, so wird auch die Lösung dieses Problems nicht allzu schwierig sein. Eine sozialistische Internationale ohne die illegalen sozialistischen Parteien ist nicht denkbar. Sie muß schon bestehen mit Rücksicht auf das Gegengewicht zur Komintern, die sich durch den Stalin-Hitler-Pakt um den letzten Rest ihres ohnehin bescheidenen Kredites gebracht hat. Sie ist auch nötig im Blick auf die Zukunft. Die Welt wird ihr Gesicht weiterhin verändern und voraussichtlich in einem noch schnellern Tempo als bisher. Die innerpolitischen Wandlungen werden nicht ausbleiben, und die künftigen politischen Veränderungen machen schon heute eine enge Fühlungnahme mit allen sozialistischen Kreisen, gleichgültig, ob sie sich aus Emigranten zusammensetzen oder nicht, notwendig. Die Weltprobleme können nicht national, sie können nur international gelöst werden – das haben sogar die Jungliberalen auf ihrem unlängst in der Schweiz abgehaltenen internationalen Kongreß erkannt. Diese Lösungen müssen geistig vorbereitet werden, und auf diesem Gebiet liegt die Hauptaufgabe der Internationalen in der nächsten Zeit.

Damit ist auch dem Einwand begegnet, als ob die Internationale, wenn sie auf die bisherige Auffassung ihrer Tätigkeit verzichtet, zur Bedeutungslosigkeit herabsinke. Nur in dem Maße, als die Internationale selbst die Wirklichkeit und die Möglichkeiten ihrer Tätigkeit innerhalb dieser Wirklichkeit erkennt, wird sie ihre Bedeutung erlangen.

Wir sind nicht der Meinung, daß die Internationale einen bloßen Briefkasten darstellen soll. Wir sind auch nicht der Meinung, sie solle zu einem bloßen Informationsbüro ausgestaltet werden, das ihm zugehende Mitteilungen einfach weitergibt. Von der Illusion der Macht und von der Auffassung befreit, als ob die Internationale für die ihr angeschlossenen Parteien in den Fragen praktischer Politik verbindliche Beschlüsse fassen könne, muß sie zu einem Zentrum der geistigen Klärung und der sozialistischen Orientierung werden. Damit entzieht sich die Internationale auch der jetzt bestehenden Gefahr, Ausführungsorgan einer bestimmten Parteiengruppe zu sein, als das sie sowenig lebensfähig sein könnte, wie sie es bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes ist.

Die Ausgestaltung zu einem Zentrum der geistigen Klärung und sozialistischen Orientierung setzt auch die Umgestaltung des technischen Apparates voraus. Er muß auf die neue, nach außen weniger, nach innen um so wichtigere Aufgabe eingespielt werden, und auch das ist nicht mit übermäßigen Schwierigkeiten verbunden. Die Diskussionen und Verhandlungen der Internationale werden nicht in jedem Fall mit einer Kundgebung oder mit einem Beschluß endigen müssen. Kundgebungen und Beschlüsse werden nur insoweit zulässig sein, als sie durch die

Einstimmigkeit auch in der Ausführung und praktischen Anwendung verbürgt sind. Man darf sich auch nicht scheuen, Gegensätze offen festzustellen, das wird nützlicher und wertvoller sein als ihre Verkleisterung, die die Schwierigkeiten nur häuft.

Zum Schluß unterstreiche ich ausdrücklich, es handelt sich hier um reine Sachfragen, nicht um Personenfragen. Die jetzt von verschiedenen Seiten angestrebte personelle Veränderung lehne ich ab, weil sie das Problem nicht löst. Eine Lösung und damit die Weiterexistenz der Internationalen ist nicht durch einen Personenwechsel herbeizuführen. Sie ist nur möglich, wenn sich die Internationale selber neu orientiert und sich über ihre Tätigkeit und die dazu erforderlichen Voraussetzungen Rechenschaft gibt. Erkennen und aussprechen, was ist, darum handelt es sich.

Falsche geschichtliche Perspektive

Von Emil J. Walter.

Vor wenigen Tagen wurde mir eine Broschüre zugesandt, die in deutscher Übersetzung unter dem Titel »Selbstbesinnung der Schweiz« Aufsätze vereinigt, welche Gonzague de Reynold im Herbst 1938 in einem »Conscience de la Suisse« betitelten Buch erscheinen ließ. Gonzague de Reynold, Professor der Freiburger Universität, Katholik, konservativer Föderalist mit aristokratischen Tendenzen, ist politisch kein Freund der Arbeiterbewegung oder des »Marxismus«. Gonzague de Reynold ist ein geistreicher Schriftsteller, der seinen politischen Gedanken durch einprägsame Formulierung weitreichenden Widerhall zu geben weiß. Gerade das vorliegende Buch hat nicht nur in der welschen Schweiz ein starkes Echo gefunden. Dafür legt die Tatsache der Übersetzung, sein Vorwort von Prof. Max Huber Zeugnis ab.

Ausgangspunkt der Betrachtungen bildet das »Problem der Existenz« des schweizerischen Staates, welches Problem vor allem vom Standpunkte des Föderalismus aus beleuchtet und auf gewisse »Konstanten der Schweiz«: Boden, Föderalismus, christlicher Geist, gestellt wird. In den Schlußbetrachtungen »Nationale Erneuerung« schimmern jene Sympathien für einen aufgeklärten Faschismus durch, wie sie sich bereits in des Verfassers Studie »Portugal gestern – heute« (Salzburg–Leipzig 1938) beobachten ließ: Salazar, der vom bisher unbekannten Professor an einer kleinen katholischen Universität der Provinz zum unumschränkten Diktator Portugals aufstieg, ist zum Vorbild unseres Professors aus Freiburg geworden.

Daher fordert Gonzague de Reynold als erste Maßnahme die Wiedereinsetzung der Autorität: »Die Löbliche Eidgenossenschaft braucht einen Kopf und in diesem Kopf einen Geist.« Ein schweizerischer Landammann muß her, der von den Vertretern der Kantone auf längere Zeit gewählt wird, und Minister, die ihm gegenüber verantwortlich wären, ernennen wird. Seinerzeit hat die »Nationale Front« ähnliche Forderungen aufgestellt. Gonzague de Reynold ist also in guter Ge-